

25. Januar 2008

[www.kas.de](http://www.kas.de)[www.kas.de/nicaragua](http://www.kas.de/nicaragua)

## Ernüchterung bei den Wählern in Nicaragua nach einem Jahr der Regierung Daniel Ortegas

**Etwas mehr als ein Jahr ist nun Daniel Ortega als Präsident von Nicaragua wieder an der Spitze Regierung Nicaraguas. Der Jahresrückblick 2007 gibt ein nüchternes Bild wider. Im Grunde setzt er die Politik seiner Vorgänger fort; mit einigen Akzenten der Machtkonzentration hin zur Partei FSLN (Frente Sandinista de Liberación Nacional). Einige Stimmen sagen, 2007 hätte gezeigt, was Nicaragua von Ortega in den kommenden Jahren zu erwarten hat: Das Gleich wie bisher, wenn nicht sogar schlimmer. Daniel Ortega, der in seinem Wahlkampf 2006 damit geworben hat, einen Wandel in Nicaragua herzustellen und die Armut und den Hunger zu besiegen, konnte 2007 keine Erfolge vorzeigen.**

Die Veränderungen, die stattgefunden haben, waren zum größten Teil parteipolitischer bzw. machtpolitischer Natur. Es besteht mittlerweile eine Vermengung zwischen der Partei FSLN und der Regierung. Das geht soweit, dass Ortega die „casa presidencial“ in das Parteigebäude der FSLN gelegt hat und von dort die Regierungsgeschäfte ausübt. Für ihn gibt es zwischen dem Parteivorsitzenden und dem Regierungschef keinen Unterschied mehr.

Die Regierung Ortega hat 2007 weder ein klares Regierungskonzept noch einen Bericht an die Nationalversammlung vorlegen können. Wichtige Themen wie Staatsreform, Notwendigkeit einer Regulierung der öffentlichen Dienstleistungen und Einrichtungen, Verhältnis zwischen dem Finanzsystem und Wirtschaftssystem, der Dezentralisierung und Demokratisierung werden zum Teil unverständlich und undurchsichtig dargestellt

oder es gibt von Seiten der Regierung hierzu widersprüchliche Diskurse.

Ein wichtiges Projekt für Ortega und die „Danielista“ der Partei ist die „Direkte Demokratie“. Darunter versteht er die direkte Partizipation der Bürger unter Führung der FSLN. Kurz nach seinem Amtsantritt im Januar 2007 ließ er per Dekret die so genannten „Consejos del Poder Ciudadano“ (Bürgermachtsräte) als organisierte Basis der „direkten Demokratie“ in Nicaragua bilden. Das führte zu heftiger Kritik in den Reihen der Opposition. Am 30. November wurden diese Räte schließlich gegen den Widerstand der unterlegenen Opposition im Parlament durch Präsidentendekret eingesetzt.

Die Opposition kritisiert vor allem den Plan der „Consejos del Poder Ciudadano“, da bereits seit vier Jahren ein Gesetz zur Bürgerbeteiligung, wenn auch mit einigen Lücken und Schwächen, existiert. Das Gesetz 475, „Ley de Participación Ciudadana“, war ein Projekt der direkten Demokratie, das den Prozess der Bürgerbeteiligung auf Gemeinde- und Lokalebene stärken sollte. In seinem Rahmen wurden unabhängige Bürgervereinigungen in verschiedenen Bezirken geschaffen. Einer der wichtigsten Grundsätze der Vereinigungen war die Autonomie und Unabhängigkeit von den Regierungsstellen.

Mit dem Dekret der „Consejos del Poder Ciudadano“ setzte sich Ortega über die bestehende Gesetzeslage hinweg und kreierte sein eigenes Model, das auch noch durch den Parteiapparat der FSLN operiert wird. Das „Consejo de Comunicación y Ciudadana-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO NICARAGUA  
KERSTIN VON BREMEN

25. Januar 2008

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/nicaragua](http://www.kas.de/nicaragua)

nia“ (Kommunikations- und Bürgerrat), das nur ein einziges Mitglied – Rosario Murillo, Ortegas Ehefrau – kennt, besitzt die Kontrolle über die Bürgerräte, die letztendlich auf allen Ebenen von Mitglieder der FSLN durchsetzt sind. Diese zentralistischen und klientelistischen Charakteristika stehen in krassem Gegensatz zu den öffentlich vertretenen Zielen einer pluralistischen Bürgerbeteiligung und dem Aufbau einer partizipativen, demokratischen Institutionalität. Als Ziel wird unter Analysten angeführt, dass Ortega sich mit Hilfsmitteln ausrüsten will, die ihm durch die Wahlergebnisse nicht in die Hand gegeben wurden. Gleichzeitig will er dadurch den Parteiapparat reaktivieren, über den er dann den Regierungskurs koordinieren kann.

In seinem Verständnis besteht eine stärkere Bürgerbeteiligung nicht darin, die Gemeinden mit weitergehenden Rechten und Zuständigkeiten auszustatten. Dezentralisierung beschränkt sich auf die Überweisung der den Gemeinden zustehenden Mittel. Die Tatsache, das Programm „Hambre Cero – Null Hunger“ nicht in die Zuständigkeiten der Gemeinden zu verlegen, begründet er mit dem Argument, dass dadurch eine stärkere Bürokratisierung in den Gemeinden gefördert würde. Dahinter ist allerdings eher zu sehen, dass er den Parteien in den Gemeinden und ihren Bürgermeistern keine politische Plattform zur Profilierung geben möchte, um so nicht eventuell Kandidaten aus dem Oppositionslager für die im November 2008 anstehenden Gemeindewahlen zu unterstützen.

Die Gemeinde- und Bürgermeisterwahlen werden ein erstes offensichtliches Politikbarometer sein, wie viel Unterstützung die Regierung Ortega noch besitzt. Bereits im Juli 2007 waren die Zustimmungswerte 60 Punkte von den Wahlergebnissen abgerutscht. Die Konzentration der Machtverteilung auf die Familie und die Partei, sowie die Konflikte mit den Medien, den Unternehmerverbänden, den Lehrerverbänden und Organisationen der Zivilgesellschaft bilden nicht gerade eine Basis, um das Vertrauen in Ortega und seine Regierung zu stärken.

Die Oppositionspartei Alianza Liberal Nicaragüense-Partido Conservador (ALN) um Eduardo Montealegre gibt sich zuversichtlich. Zwar ist seine Vorhersage, dass sie zusammen mit der Partido Liberal Constitucionalista (PLC) mindestens 100 der 153 Bürgermeister stellen könnten, sehr optimistisch. In den letzten Wahlen von 2004 gewannen sie zusammengerechnet in 67 Gemeinden. Dennoch haben sie gute Chancen in wichtigen Gemeinden an der Partei Ortega vorbeizuziehen.

Das Jahr 2007 schloss zwar mit einem leichten Wirtschaftsanstieg, doch geht das einher mit einer höheren Inflationsrate und einer Reduzierung der Gehälter, so dass die Bürger vor allem die negativen Auswirkungen der Regierung zu spüren bekommen. Auch ist nach wie vor die Energiekrise eminent. Bis zu 12 Stunden kann es täglich Stromausfall geben, der insbesondere mittelständische Betriebe schwer trifft.

Die internationale Gemeinschaft hat bereits Konsequenzen gezogen und die Budgethilfe eingestellt. Abmachungen der internationalen Entwicklungshilfe kommt Nicaragua nicht nach, wenn es zivilgesellschaftliche Organisationen nicht anerkennt.

Daher werden umso gespannter die Ergebnisse, aber auch die Wahlkämpfe der Gemeindewahlen beobachtet werden.